

Wien, 19. Dezember 2019

Sperrfrist: 19. Dezember 2019, 10:30 Uhr

Pressemitteilung

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2019–2021

Allmähliche Konjunkturbelebung

Die Schwäche der Weltwirtschaft belastet die heimische Konjunktur. Nach 2,4 % im Vorjahr dürfte die Wirtschaftsleistung in Österreich im ablaufenden Jahr um 1,6 % zugelegt haben. Für die Jahre 2020 und 2021 erwartet das Institut ein Wachstum von 1,3 % bzw. 1,6 %. Während die Exporte nur wenig Dynamik entfalten dürften, sollte der Konsum die Konjunktur weiter stützen. Die Inflation dürfte in den kommenden beiden Jahren mit Werten von 1,5 % bzw. 1,7 % moderat bleiben. Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich voraussichtlich nicht weiter verbessern, vielmehr könnte die Arbeitslosenquote geringfügig auf 7,5 % steigen. Neben einer notwendigen Steuerstrukturreform und steuerlichen Entlastung besteht wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf in den Bereichen Bildung, Forschung, Digitalisierung, Demografie sowie Klimaschutz.

Die Weltwirtschaft expandiert wenig dynamisch. Im dritten Quartal des ablaufenden Jahres hat sich das Expansionstempo in den Industrieländern aber nicht weiter verlangsamt. Die Stimmungsindikatoren deuten vermehrt auf eine Stabilisierung der Konjunktur hin, allerdings auf niedrigem Niveau. Im Einklang mit der internationalen Entwicklung hat auch die österreichische Wirtschaft merklich an Schwung verloren. Im zweiten und dritten Quartal betrug das Wachstum gegenüber dem Vorquartal laut Trend-Konjunktur-Komponente nur noch jeweils 0,2 %. Dieses mäßige Wachstumstempo dürfte sich im Schlussquartal des laufenden Jahres fortgesetzt haben. Aufgrund der robusten Expansion in der ersten Jahreshälfte hat die österreichische Wirtschaft im Gesamtjahr 2019 voraussichtlich noch um 1,6 % zugelegt. Im Laufe des kommenden Jahres dürfte sich die Konjunkturdynamik wieder etwas beschleunigen. Aufgrund des schwächeren BIP-Niveaus zu Jahresbeginn (geringerer statistischer Überhang) erwartet das Institut für das Jahr 2020 unverändert ein Wachstum von 1,3 %. Im Jahr 2021 sollte das Wachstum wieder 1,6 % betragen.

Im bisherigen Jahresverlauf war die globale Konjunktur sehr verhalten. Die Spannungen in der internationalen Handelspolitik und die hohe wirtschaftspolitische Unsicherheit belasten die Industrieproduktion. Die gute Arbeitsmarktentwicklung stützt hingegen den

Dienstleistungsbereich. Nach der Wachstumsverlangsamung im zweiten Quartal hat sich die Konjunkturdynamik in den entwickelten Volkswirtschaften auch im weiteren Jahresverlauf nicht beschleunigt. So betrug das Wachstum im zweiten und dritten Quartal in den USA jeweils 0,5 % gegenüber dem Vorquartal. Im Euroraum legte die Wirtschaftsleistung jeweils um 0,2 % zu. Insbesondere exportorientierte Volkswirtschaften wie Deutschland leiden unter dem rückläufigen Welthandel. Auch in den Schwellenländern blieb der Produktionsanstieg verhalten. In China setzt sich die graduelle Abkühlung des Wirtschaftswachstums fort. Ein rascher Aufschwung der Weltwirtschaft ist nicht zu erwarten. Bei den Stimmungsindikatoren hat sich die negative Tendenz fortgesetzt, allerdings finden sich in den letzten Monaten zunehmend Hinweise auf eine Stabilisierung. Die Fiskal- und insbesondere Geldpolitik werden wohl dazu beitragen, dass die Weltwirtschaft nicht weiter an Schwung verliert. Mit dem erwartenden Nachlassen der Unsicherheit sollte die Weltwirtschaft allmählich wieder etwas rascher expandieren. Die Einschätzung des internationalen Konjunkturbilds hat sich gegenüber der Oktober-Prognose nicht verändert. Die US-Wirtschaft dürfte in den kommenden beiden Jahren um 1,8 % bzw. 1,5 % zulegen, nach 2,3 % im ablaufenden Jahr. Im Euroraum sollte die Konjunktur mit Wachstumsraten von 1,2 % bzw. 1,4 % wieder etwas an Fahrt gewinnen, nach 1,1 % im ablaufenden Jahr. In den Schwellenländern dürfte das Expansionstempo im historischen Vergleich moderat bleiben. So wird das Wirtschaftswachstum in China voraussichtlich 5,8 % bzw. 5,7 % betragen. Die Weltwirtschaft dürfte um 3,0 % bzw. 3,1 % expandieren.

Im ablaufenden Jahr stützen die kräftigen Realeinkommenszuwächse den privaten Konsum in Österreich; somit sollte dieses Nachfrageaggregat um 1,5 % zulegen. Die weiterhin zunehmende Beschäftigung und die steigenden Reallöhne treiben auch in den nächsten beiden Jahren die Realeinkommen, sodass jeweils ein Konsumwachstum von 1,4 % erwartet wird. Die Sparquote sollte im gesamten Prognosezeitraum 7,5 % betragen.

Der ungewöhnlich lange Investitionszyklus ist aufgrund der schwachen globalen Wirtschaftsdynamik im Verlauf des heurigen Jahres ausgelaufen. Gegen einen völligen Einbruch der Investitionstätigkeit sprechen aber die hohe Kapazitätsauslastung und die günstigen Finanzierungskonditionen. Aufgrund der starken Dynamik zu Jahresbeginn ergibt sich im ablaufenden Jahr noch eine kräftige Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen um 3,4 %. Im kommenden Jahr sollte sich das Wachstum markant auf 0,3 % abschwächen. Die Konjunkturuntrübung dürfte auch dazu führen, dass sich das Wachstumstempo der Bauinvestitionen von 2,3 % auf 1,2 % verringert. Im Jahr 2021 werden die Investitionen in Ausrüstungen und Bauten um voraussichtlich 2,0 % bzw. 1,5 % expandieren. Nach 2,9 % im ablaufenden Jahr sollte damit das Wachstum der Anlageinvestitionen im nächsten Jahr auf 0,7 % fallen und 2021 1,8 % betragen.

Die Handelskonflikte und die Schwäche der globalen Industrieproduktion belasten den Welthandel. Dieser dürfte im ablaufenden Jahr um 0,6 % gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen sein. Falls es zu keiner weiteren Eskalation der Handelskonflikte kommt, sollte der Welthandel im Zuge der leichten Belebung der Industriekonjunktur wieder etwas an Fahrt gewinnen. Mit 1,2 % bzw. 2,5 % wird die Ausweitung der globalen Handelstätigkeit voraussichtlich aber verhalten bleiben. Die schwache Weltkonjunktur drückt auf die heimischen Exportmärkte und bremst somit die Exporttätigkeit. Nach dem kräftigen Wachstum der Warenexporte in den Jahren 2017 und 2018 dürfte die Zunahme im ablaufenden Jahr 2,3 % betragen. In den kommenden beiden Jahren ist mit Zuwächsen von 1,8 % bzw. 2,8 % zu rechnen. Für die Gesamtexporte laut VGR ergeben sich Wachstumsraten von 1,6 % bzw. 2,6 %, nach 2,8 % im ablaufenden Jahr. Aufgrund der Vorleistungsverflechtungen und der schwächeren Investitionsnachfrage dürften auch die Gesamtimporte mit 1,4 % bzw. 2,4 % schwächer als im ablaufenden Jahr zulegen. Somit sollte die Außenwirtschaft im Prognosezeitraum annähernd neutral auf das Wachstum wirken.

Ausgehend von rund 1 ¾ % zu Jahresbeginn verlangsamte sich der Preisauftrieb im Jahresverlauf und sank bis Oktober auf 1,1 %. Der merkliche Rückgang in den letzten Monaten ist primär auf die geringere Teuerung bei der Energie zurückzuführen. Die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflation liegt gegenwärtig bei gut 1 ½ %. Mit dem Auslaufen des Basiseffekts bei den Energiepreisen dürfte sich die Inflation zu Jahresende wieder etwas beschleunigt haben. Somit wird für den Jahresdurchschnitt 2019 weiterhin eine Inflationsrate von 1,5 % prognostiziert. Von der verhaltenen Konjunktur, den nur leicht anziehenden Lohnstückkosten und den internationalen Rohstoffmärkten dürften kaum preistreibende Impulse ausgehen, sodass für das kommende Jahr ebenfalls eine Verbraucherpreissteigerung von 1,5 % erwartet wird. Mit der Konjunkturverbesserung im Jahr 2021 könnte die Inflationsrate etwas auf 1,7 % anziehen.

Im ablaufenden Jahr ist die Arbeitslosigkeit weiter zurückgegangen. Die Eintrübung der Konjunktur wirkt erst verzögert auf den Arbeitsmarkt. Im kommenden Jahr dürfte sich daher die Beschäftigungsdynamik merklich verlangsamen und die Arbeitslosenquote auf 7,5 % steigen. Dieser Wert wird auch für das Jahr 2021 erwartet.

Die öffentlichen Haushalte dürften aufgrund der niedrigen Zinsen im gesamten Prognosezeitraum positiv bilanzieren. Die Budgetprognose ergibt für die Jahre 2019 bis 2021 Budgetüberschüsse von 0,5 %, 0,2 % bzw. 0,4 % des Bruttoinlandsprodukts. Hierbei ist allerdings zu beachten, dass die Werte für 2020 und 2021 aufgrund des noch nicht vorliegenden Budgets mit beträchtlicher Unsicherheit behaftet sind. Das Institut geht aber davon aus, dass die europäischen Fiskalregeln vollumfänglich erfüllt werden. Ein neues Regierungsprogramm in Österreich sollte Reformen in den Bereichen

Arbeitsmarkt, Bildung, Gesundheit, Pensionen und Föderalismus vorsehen und wirtschafts- bzw. gesellschaftspolitische Antworten auf die großen Zukunftsthemen Digitalisierung, Klimaschutz und demografischer Wandel bieten. Durch Reformmaßnahmen zur Dämpfung der Ausgabendynamik und durch die Rückführung von nicht zukunftsorientierten Förderungen könnte zusätzlicher Spielraum für öffentliche Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung, Technologie und Infrastruktur geschaffen sowie der finanzielle Puffer für die automatischen Stabilisatoren ausgeweitet werden. Priorität sollte einer Steuerreform zukommen, die auf eine Verringerung der im internationalen Vergleich hohen Abgabenbelastung abzielt und Anreize zur Bekämpfung des Klimawandels setzt.

Die Abwärtsrisiken für die globale Konjunktur sind weiterhin beträchtlich. Eine Eskalation bzw. regionale Ausweitung der Handelskonflikte würde die Weltkonjunktur bremsen. Angesichts der Präsidentschaftswahlen in den USA entsteht in diesem Zusammenhang eine noch größere Unsicherheit. Je länger die Schwäche der Industriekonjunktur anhält, umso größer wird die Wahrscheinlichkeit eines Übergreifens auf den noch robusten Dienstleistungssektor. Die vom Brexit und dessen endgültiger Ausgestaltung nach der Übergangsphase ausgehende Unsicherheit könnte die Konjunktur im Euroraum stärker beeinträchtigen. Weiters besteht das Risiko, dass die schwache Weltkonjunktur die Wirtschaftsdynamik in den osteuropäischen Ländern stärker in Mitleidenschaft zieht als erwartet. In Hinblick auf die heimische Konjunktur besteht ebenfalls die Gefahr, dass die Schwäche der Industrie stärker auf den Dienstleistungssektor ausstrahlt. Eine Verschlechterung des Konsumklimas würde die Binnennachfrage schwächen und damit das Wachstum reduzieren. Es besteht aber auch die Chance auf eine bessere Entwicklung als hier prognostiziert. So würde eine Verbesserung der globalen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (etwa Lösung der Handelskonflikte, rasche Einigung bei den Eckpfeilern eines endgültigen Status der Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich) die Unsicherheit reduzieren und auch die heimische Wirtschaft stützen.

Tabelle 1: Wichtige Prognoseergebnisse
Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent

	2019	2020	2021
Bruttoinlandsprodukt, real	1,6	1,3	1,6
Privater Konsum, real	1,5	1,4	1,4
Bruttoinvestitionen, real	3,1	0,7	1,8
Bruttoanlageninvestitionen, real	2,9	0,7	1,8
Ausrüstungsinvestitionen, real	3,4	0,3	2,0
Bauinvestitionen, real	2,3	1,2	1,5
Inlandsnachfrage, real	1,7	1,1	1,4
Exporte i. w. S., real	2,8	1,6	2,6
Waren, real (laut VGR)	2,3	1,8	2,8
Reiseverkehr, real (laut VGR)	1,3	0,8	1,3
Importe i. w. S., real	3,1	1,4	2,4
Waren, real (laut VGR)	2,3	1,3	2,5
Reiseverkehr, real (laut VGR)	5,0	1,5	2,0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	1,6	0,8	0,9
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ¹	7,3	7,5	7,5
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition ¹	4,6	4,8	4,8
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2,7	2,2	2,3
Preisindex des BIP	1,7	1,6	1,7
Verbraucherpreisindex	1,5	1,5	1,7
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP ¹	0,5	0,2	0,4
3-Monats-Euribor ¹	-0,4	-0,4	-0,3
10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen ¹	0,0	0,2	0,3

¹absolute Werte

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

Tabelle 2: Internationale Rahmenbedingungen
Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent

	2017	2018	2019	2020	2021
BIP, real					
Deutschland	2,5	1,5	0,5	1,0	1,5
Italien	1,7	0,8	0,2	0,5	0,6
Frankreich	2,3	1,7	1,3	1,3	1,3
Vereinigtes Königreich	1,9	1,4	1,3	1,0	1,2
Schweiz	1,8	2,8	0,9	1,5	1,4
USA	2,4	2,9	2,3	1,8	1,5
Japan	1,9	0,8	1,0	0,6	0,8
China	6,8	6,6	6,2	5,8	5,7
Polen	4,9	5,1	4,2	3,5	3,2
Slowakei	3,0	4,0	2,5	2,4	2,6
Tschechien	4,4	3,0	2,6	2,3	2,3
Ungarn	4,3	5,1	4,7	2,7	2,7
Slowenien	4,8	4,1	2,5	2,7	2,6
MOEL-5 ¹	4,5	4,5	3,7	3,0	2,9
Bulgarien	3,5	3,1	3,6	3,0	2,9
Rumänien	7,1	4,0	4,0	3,0	3,0
Kroatien	3,1	2,7	2,8	2,5	2,5
Russland	1,6	2,3	1,0	1,5	1,7
Euroraum	2,5	1,9	1,1	1,2	1,4
NMS-6 ²	5,0	4,4	3,8	3,1	2,9
EU-27 ³	2,7	2,1	1,4	1,4	1,6
OECD	2,7	2,3	1,8	1,7	1,6
Welt	3,7	3,5	3,0	3,0	3,1
Welthandel (Waren laut CPB)	4,8	3,4	-0,6	1,2	2,5
Österreichische Exportmärkte	5,8	3,7	1,7	1,9	2,5
USD/EUR Wechselkurs ⁴	1,13	1,18	1,12	1,11	1,11
Rohölpreis (Brent, USD/barrel) ⁴	54,8	71,7	64,6	62,0	59,0

¹MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien ²NMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien ³ohne Vereinigtes Königreich ⁴absolute Werte

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, eigene Berechnungen

Rückfragehinweise

2019 Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

T +43 1 59991-0

F +43 1 59991-555

www.ihs.ac.at

ZVR: 066207973

Kontakt

Martin G. Kocher

T +43 1 59991-125

E direktion@ihs.ac.at

Helmut Hofer

T +43 1 59991-251

E hofer@ihs.ac.at

Klaus Weyerstraß

T +43 1 59991-233

E klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

Paul Glück (Public Relations)

T +43 660 150 5001

E glueck@paulglueck.com